

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.657.942

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3721/J-NR/2020

Wien, am 07. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christian Lausch, Mag Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen haben am 08. Oktober 2020 unter der Nr. **3721/J-NR/2020** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Staatsverträge zur Haftverbüßung im Heimatstaat“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- 1. Wird von Ihnen und ihrem Ministerium die Haftverbüßung verurteilter Ausländer im Heimatland forciert?
 - a. Wenn ja, ist Ihnen bekannt warum die Regierungsabgeordneten von ÖVP und GRÜNE dem Entschließungsantrag (190/A(E)) dann nicht zugestimmt haben?
 - b. Wenn ja, warum haben Sie im Justizausschuss am 30.06.2020 Ihren Nationalratsabgeordneten von den Regierungsfractionen nicht nahegelegt dem Entschließungsantrag zuzustimmen?
 - c. Wenn nein, warum werben sie dann auf der Homepage des BMJ damit?
- 2. Wie stehen Sie zur Rückführung von verurteilten ausländischen Staatsbürger in das Herkunfts-/ Heimatland um dort ihre Haft zu verbüßen?

Ich verweise auf das aktuelle Regierungsprogramm der Bundesregierung, in dem die Forcierung der Haft in der Heimat angeführt ist. Wesentlich ist, dass diese unter Einhaltung der EMRK Mindeststandards durchgeführt wird.

Das Stimmverhalten von Abgeordneten zum Nationalrat liegt nicht in meiner Zuständigkeit.

Zur Frage 3:

- *Welche konkreten Anstrengungen haben Sie bisher unternommen, damit in Österreich verurteilte ausländische Staatsbürger zur Haftverbüßung in ihren Heimatstaat rückgeführt werden?*

Das Bundesministerium für Justiz ist bestrebt, in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Justizbehörden im Ausland eine konsequente Anwendung der Instrumente des internationalen Rechts sowohl auf EU-Ebene als auch darüber hinaus zu erreichen. Zu diesem Zweck wurden die Justizanstalten angehalten, bereits bei Strafantritt einer verurteilten Person ausländischer Staatsangehörigkeit zu prüfen, ob eine Überstellung in den Heimatstaat unter Berücksichtigung der Dauer der Reststrafe, der allfälligen Zustimmung der betroffenen Person und der Möglichkeiten der Resozialisierung in Betracht kommt und bejahendenfalls die erforderlichen Unterlagen dem Bundesministerium für Justiz vorzulegen. In bilateralen Gesprächen wurden mit den ausländischen Justizbehörden die effiziente Anwendung der Übereinkommen zur Überstellung verurteilter Personen bzw. des entsprechenden Rahmenbeschlusses 2008/909/JI im Bereich der Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Interesse rascher Übernahmeentscheidungen angesprochen und praktische Hindernisse bei der Stellung und Abwicklung von Ersuchen minimiert.

Zu den Fragen 4 und 14:

- *4. Mit welchen Ländern gibt es bereits Abkommen, dass verurteilte Straftäter rückgeführt werden? (Bitte um Aufschlüsselung der Länder)*
- *14. Laut diversen Medienbeiträgen hat der ehemalige Bundesminister für Justiz Dr. Wolfgang Brandstetter im Jahr 2017 eine "Absichtserklärung", ein "Abkommen", einen „Deal“ etc. in Marokko unterzeichnet, um marokkanische Staatsbürger aus dem österreichischen Strafvollzug in ihren Heimatstaat rückführen zu können. Worum handelte es sich bei dieser als "Absichtserklärung", "Abkommen" oder "Deal" etc. bezeichneten Aktion genau?*

Hinsichtlich der bestehenden völkerrechtlichen Verträge betreffend die Rückführung von verurteilten Straftätern ist zunächst auf das Übereinkommen des Europarates vom 21. März 1983 über die Überstellung verurteilter Personen, dem derzeit weltweit 68 Vertragsstaaten angehören, sowie auf sein Zusatzprotokoll vom 18. März 1997, dem derzeit 39 Vertragsstaaten angehören, zu verweisen.

Der Mitgliederstand dieser Verträge ist unter folgenden Links abrufbar:

https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/112/signatures?p_auth=cDQ7SQsM

https://www.coe.int/en/web/conventions/full-list/-/conventions/treaty/167/signatures?p_auth=Fa1plUe5

Weiters besteht zwischen Österreich und Thailand ein Vertrag über die Überstellung verurteilter Personen und die Zusammenarbeit bei der Vollziehung strafgerichtlicher Sanktionen (BGBl 1994/443).

Zwischen Österreich und Kuba wurde ein Abkommen über die wechselseitige Vollziehung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen geschlossen (BGBl III 2001/203).

Ein Abkommen betreffend die Übernahme der Strafvollstreckung mit Marokko befindetet sich derzeit noch im Verhandlungsstadium (Frage 14).

Zur Frage 5:

- *Wie viele Häftlinge sind 2018 - 2020 aufgeschlüsselt nach EWR-Staaten und Drittstaaten rückgeführt worden? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren, Staaten und nach Anzahl der Häftlinge)*

Ich verweise auf die umseitige Tabelle:

Übernommen von:	Jahr der Überstellung			Gesamtergebnis
	2018	2019	2020	
Belgien	2	1	1	4
Bosnien-Herzowina			1	1
Bulgarien	14	10	3	27
Deutschland	8	20	9	37
Estland	1		1	2
Griechenland	1	1		2
Großbritannien	1			1
Italien	4	9	5	18
Kosovo	2	1	1	4
Kroatien	2		3	5
Lettland		2		2
Litauen	7	4	1	12
Luxemburg			1	1
Niederlande	2	6	5	13
Nordmazedonien	1	1		2
Norwegen		1		1
Polen	5	4	3	12
Portugal		1		1
Rumänien	48	78	27	153
Serbien	3	1		4
Slowakei	17	20	2	39
Slowenien	3	9	4	16
Spanien	1	1		2
Tschechien	3	3	5	11
Türkei	1	1	1	3
Ungarn	9	8	12	29
Gesamtergebnis	135	182	85	402

Anm: Die Überstellungen gestalten sich Covid-bedingt im Jahr 2020 äußerst schwierig.

Zur Frage 6:

- *Wie viele ausländische Häftlinge musste Österreich in den Jahren 2018 bis jetzt von anderen Staaten zurücknehmen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren, Anzahl der Häftlinge und nach Staaten)*

Eine Übernahme der Strafvollstreckung bei Häftlingen ausländischer Staatsbürgerschaft kommt nach § 39 Z 2 und 3 EU-JZG nur bei Verurteilungen in EU-Mitgliedstaaten bei entsprechender Aufenthaltsverfestigung oder intensiven Bindungen an Österreich unter

der Voraussetzung in Betracht, dass die verurteilte Person ihr Aufenthaltsrecht in Österreich durch die Verurteilung nicht verloren hat. Da eingehende Ersuchen dem direkten Behördenverkehr unterliegen, bestehen diesbezüglich keine Aktenvorgänge im Bundesministerium für Justiz; die Anzahl der Ersuchen liegt aber nach Einschätzung der Fachabteilung im einstelligen Bereich.

Zur Frage 7:

- *Wie viele Häftlinge mit österreichischer Staatsbürgerschaft die eine Haftstrafe im Ausland zu verbüßen hatten, wurden in den Jahren 2018 bis jetzt zurückgenommen? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren, von welchen Staaten und wie viele Häftlinge)*

In den Jahren 2018 bis 2020 wurden insgesamt sechs Häftlinge mit österreichischer Staatsbürgerschaft, welche eine Haftstrafe im Ausland zu verbüßen hatten, zurückgenommen.

Im Jahr 2018 wurden zwei österreichische Häftlinge aus der Schweiz sowie ein österreichischer Häftling aus der Tschechischen Republik zurückgenommen.

Im Jahr 2019 wurde ein österreichischer Häftling aus Deutschland zurückgenommen.

Im Jahr 2020 wurde ein österreichischer Häftling aus Deutschland und ein österreichischer Häftling aus den Niederlanden zur Verbüßung einer im Ausland verhängten Haftstrafe zurückgenommen.

Zu den Fragen 8 und 9:

- *8. Wer trägt die Kosten für die Überstellung von verurteilten ausländischen Staatsbürgern?*
- *9. Wer trägt die Kosten für Häftlinge mit österreichischer Staatsbürgerschaft die von Österreich zurückgenommen werden?*

Gemäß § 381 Abs 1 Z 6 StPO umfassen die Kosten des Strafverfahrens, die von der zum Kostenersatz verpflichteten Partei zu ersetzen sind, die Kosten der Vollstreckung des Strafurteiles einschließlich der Kosten der Überstellung von Strafgefangenen in den inländischen oder ausländischen Strafvollzug, ausgenommen die Kosten des Vollzuges einer Freiheitsstrafe.

Zu den Fragen 10 und 11:

- *10. Wie hoch waren die Kosten von 2018 bis jetzt für Rückführungen in das jeweilige Heimatland von verurteilten ausländischen Staatsbürgern? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren, Kosten und welche Staaten)*
- *11. Wie hoch waren die Kosten von 2018 bis jetzt für die Rücknahme von Häftlingen mit österreichischer Staatsbürgerschaft? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahren, Kosten und welche Staaten)*

Diese Kosten werden nicht gesondert ausgewiesen, weshalb mir dazu keine Informationen vorliegen. Aussagekräftige Auswertungen wären nur durch einen unverhältnismäßig hohen Personal- und Verwaltungsaufwand aufgrund manueller Recherchen möglich, weshalb ich um Verständnis bitte, dass ich von der Beantwortung dieser Fragen Abstand nehmen muss.

Zur Frage 12:

- *Welche Gründe wurden schlagend, dass verurteilte ausländische Staatsbürger zur Haftverbüßung nicht in ihr Heimatland rückgeführt werden konnten?*

Die Überstellung zur weiteren Strafvollstreckung im Heimatland setzt – je nach anwendbarem Rechtsinstrument – die Zustimmung der verurteilten Person oder das Vorliegen eines Aufenthaltsverbotes voraus. Selbst bei Vorliegen dieser Voraussetzungen kann der ersuchte Staat aus Gründen der mangelnden Resozialisierungsaussichten die Übernahme ablehnen. An diesen Voraussetzungen scheitern in der Praxis die meisten Überstellungsersuchen.

Im Verhältnis zu Staaten, mit denen keine die Rückführung regelnden Verträge in Geltung stehen, setzt eine Überstellung gleichwohl voraus, dass die Einhaltung rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Standards im Vollstreckungsstaat sichergestellt werden kann. Im Gegensatz zu Österreich sind manche Staaten aufgrund ihrer Rechtsordnung nicht in der Lage, einer Überstellung zur weiteren Strafvollstreckung lediglich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zuzustimmen, selbst wenn die verurteilte Person eine Überstellung wünscht. Dazu ist anzumerken, dass die oben (zu Fragen 4 und 14) genannten völkerrechtlichen Verträge des Europarates grundsätzlich weltweit zum Beitritt offenstehen.

Zur Frage 13:

- *Gibt es verurteilte Straftäter die freiwillig in ihre Heimat zurückwollen?*
 - a. *Wenn ja, wie viele?*
 - b. *Wenn ja, aus welchen Ländern?*

Es gibt verurteilte Straftäter, die der Übernahme der Strafvollstreckung durch den Vollstreckungsstaat zustimmen.

Seit dem Jahr 2012 wurden 2.389 Ersuchen auf Übernahme der Strafvollstreckung durch die EU-Mitgliedstaaten gestellt. 1.081 Verurteilte stimmten der Übernahme der Strafvollstreckung durch den Vollstreckungsstaat zu. Bei 1.308 Ersuchen hat die verurteilte Person die Zustimmung zur Übernahme der Strafvollstreckung durch den Vollstreckungsstaat entweder verweigert oder dazu keine bzw. eine nicht näher nachvollziehbare Stellungnahme abgegeben.

Im Bereich der Übernahme der Strafvollstreckung durch Nicht-EU-Staaten wurden seit dem Jahr 2012 226 Ersuchen gestellt, davon 154 mit Zustimmung der verurteilten Person.

Ihre Zustimmung zur Übernahme der Strafvollstreckung erteilten seit dem Jahr 2012 verurteilte Personen aus folgenden Staaten:

Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn, Albanien, Bosnien und Herzegowina, VR China, Georgien, Israel, Kolumbien, Kosovo, Moldawien, Nordmazedonien, Norwegen, Russische Föderation, Schweiz, Serbien und Türkei.

Zur Frage 15:

- *Wie viele marokkanische Staatsbürger befanden sich in Jahren 2010 bis Juni 2020 im österreichischen Strafvollzug (aufgegliedert nach Monat und Haftart)?*

Im Zeitraum 1. Jänner 2010 bis einschließlich 30. Juni 2020 wurden insgesamt 825 Personen mit Staatsangehörigkeit zu Marokko in österreichischen Justizanstalten angehalten. Die Aufgliederung nach Monaten der Anhaltung und Haftart erbringt folgendes Ergebnis (umseits):

Jahr	Monat	§ 429 StPO	§ 438 StPO	Auslieferungshaft	Schubhaft	Strafhaft	Übergabehaft	Untergebracht gem. § 21 Abs 2 StGB	Untersuchungshaft	Verwaltungshaft	Gesamtergebnis
2010	Jänner					29			23		52
2010	Februar					31			28		59
2010	März					35			23		58
2010	April					38			25		63
2010	Mai					42			17		59
2010	Juni					44			17		61
2010	Juli					43			16		59
2010	August				1	42			16		59
2010	September					38			14		52
2010	Oktober					34			12		46
2010	November				1	36			16		52
2010	Dezember				1	35			17		53
2011	Jänner				1	32			19		52
2011	Februar					32			22	1	55
2011	März					33			18	1	52
2011	April					33			24	1	58
2011	Mai					37			20	1	58
2011	Juni					37			21		58
2011	Juli					42			19		61
2011	August					44			16		60
2011	September					39			20		59
2011	Oktober					43			19		62
2011	November					45			19		64
2011	Dezember					39			22		61
2012	Jänner					44			20		64
2012	Februar	1				44		1	12	1	59
2012	März	1				45		1	21		68
2012	April	1			1	40		1	17	1	61
2012	Mai	1			1	45		1	23		71
2012	Juni	1				42		1	18		62
2012	Juli	1				42		1	22		66
2012	August	1			1	42		1	24		69
2012	September	1			1	43		1	20		66
2012	Oktober					44			26		70
2012	November					49			20		69
2012	Dezember		1			49		1	22		73

Jahr	Monat	§ 429 StPO	§ 438 StPO	Auslieferungshaft	Schubhaft	Strafhaft	Übergabehaft	Untergebracht gem. § 21 Abs 2 StGB	Untersuchungshaft	Verwaltungshaft	Gesamtergebnis
2013	Jänner		1			52		1	21		75
2013	Februar		1			52		1	24		78
2013	März		1		1	57		1	30		90
2013	April					58		2	25		85
2013	Mai					59		1	27		87
2013	Juni					55		1	30		86
2013	Juli					60		1	33		94
2013	August					66		1	35		102
2013	September					65		1	38		104
2013	Oktober					66		1	38		105
2013	November					73		1	31		105
2013	Dezember					71		1	31		103
2014	Jänner				3	77		1	23		102
2014	Februar					72		1	30		103
2014	März					74		1	32		107
2014	April					72		1	32		105
2014	Mai					69		1	38		108
2014	Juni					69		1	44		114
2014	Juli					69		1	33		103
2014	August					66		1	37		104
2014	September					66		1	34		101
2014	Oktober					65			37		102
2014	November					69			40		109
2014	Dezember					64			39		103
2015	Jänner					69			31		100
2015	Februar					69			33		102
2015	März					69			29		98
2015	April					71	1		33		105
2015	Mai					72			35		107
2015	Juni					66			42		108
2015	Juli					70			37		107
2015	August					74			48		122
2015	September					74			56		130
2015	Oktober					78	1		48		127
2015	November					86			46		132
2015	Dezember					88			28		116

Jahr	Monat	§ 429 StPO	§ 438 StPO	Auslieferungshaft	Schubhaft	Strafhaft	Übergabehaft	Untergebracht gem. § 21 Abs 2 StGB	Untersuchungshaft	Verwaltungshaft	Gesamtergebnis
2016	Jänner					75			31		106
2016	Februar					76			34		110
2016	März					77			43		120
2016	April	1			1	82			42		126
2016	Mai					87		1	47		135
2016	Juni					81		1	48		130
2016	Juli					86		1	43		130
2016	August					85		1	48		134
2016	September				1	97		1	45		144
2016	Oktober					104		1	36		141
2016	November					100	2	1	44		147
2016	Dezember					107		1	35		143
2017	Jänner					103		1	36		140
2017	Februar					100		1	43		144
2017	März					109		1	55		165
2017	April					110		1	52		163
2017	Mai					112		1	54		167
2017	Juni					117		1	47		165
2017	Juli					113		1	50		164
2017	August	1		1		102		1	49		154
2017	September	1		1	1	106		1	44		154
2017	Oktober	1			1	105		1	35		143
2017	November					94		1	44		139
2017	Dezember				1	98		1	45		145
2018	Jänner					104		1	32		137
2018	Februar				1	103		1	31		136
2018	März					108		1	25		134
2018	April					109		1	24		134
2018	Mai					107		2	27		136
2018	Juni					102		2	31		135
2018	Juli					100		2	32		134
2018	August					99		2	34		135
2018	September					98		1	33		132
2018	Oktober					93		1	34		128
2018	November					94	1	1	29		125
2018	Dezember					94		1	22		117

Jahr	Monat	§ 429 StPO	§ 438 StPO	Auslieferungshaft	Schubhaft	Strafhaft	Übergabehaft	Untergebracht gem. § 21 Abs 2 StGB	Untersuchungshaft	Verwaltungshaft	Gesamtergebnis
2019	Jänner					95		1	18		114
2019	Februar					90		1	20		111
2019	März					90		1	21		112
2019	April					85		1	30		116
2019	Mai					85	1	1	24		111
2019	Juni					87		1	20		108
2019	Juli					88		1	16		105
2019	August					91		1	18		110
2019	September					96		1	16		113
2019	Oktober					91		1	13		105
2019	November					90		1	11		102
2019	Dezember					86		1	8		95
2020	Jänner					79		1	13		93
2020	Februar					78		1	16		95
2020	März					80		1	15		96
2020	April					79		1	9		89
2020	Mai					77		1	6		84
2020	Juni					70		1	7		78
Anzahl physische Personen:											825

Zur Frage 16:

- Wie viele marokkanische Staatsbürger wurden in den Jahren 2010 bis Juni 2020 aus dem österreichischen Strafvollzug zur Strafverbüßung in ihren Heimatstaat rückgeführt (aufgegliedert nach Monat und Haftart)?

Im Zeitraum 1. Jänner 2010 bis 30. Juni 2020 erfolgten keine Rückführungen von Insass*innen mit Staatsangehörigkeit zu Marokko zur Strafvollstreckung im Heimatland. In den Jahren 2018 und 2020 wurde jeweils ein marokkanischer Insasse zur weiteren Strafvollstreckung von Italien übernommen; im Jahre 2019 wurde ein Insasse mit dieser Staatsangehörigkeit zur Strafvollstreckung von den Niederlanden übernommen.

Zur Frage 17:

- Haben Sie die Feststellung und Zieldefinition ihres Vorgängers im Hinblick auf die Rückführungen bewertet bzw. evaluiert?
 - Wenn ja, wie und mit welchem Ergebnis?
 - Wenn nein, warum nicht?

Ich verweise dazu auf den thematisch einschlägigen Rechnungshofbericht sowie auf die laufende 9. Runde der Gegenseitigen Evaluierung der Mitgliedstaaten der EU, die sich – unter anderem – mit der Umsetzung und praktischen Anwendung des Rahmenbeschlusses 2008/909/JI beschäftigt.

Zur Frage 18:

- *Haben Sie die genannte "Überstellungseinheit" bewertet bzw. evaluiert?*
 - a. *Wenn ja, wie und mit welchem Ergebnis?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Mit März 2019 hat die Überstellungseinheit im Rahmen eines einjährigen Testbetriebes die operative Durchführung der internationalen Überstellungen übernommen. Es konnten in diesem Zeitraum 205 Insass*innen erfolgreich überstellt werden. Dabei wurden laufend Anpassungen sowie Optimierungen des Dienstbetriebes vorgenommen. Von einer Evaluierung wurde bis dato Abstand genommen, weil der Beobachtungszeitraum durch die besonderen Herausforderungen im Zusammenhang mit COVID-19 geprägt war und somit für eine Beurteilung des Regelbetriebes noch zu kurz ist.

Die Überstellungseinheit verfügt über keine gesonderten Planstellen. Zur Frage der Wertigkeit der betroffenen Planstellen kann somit keine Auskunft gegeben werden. Zur eigentlichen Überstellung der Insass*innen bedient sich die Überstellungseinheit des Justizwachepersonals der Justizanstalten.

Zu den Fragen 19 bis 21:

- *19. Ist Ihnen bekannt, dass folgender Text „Der hohe Ausländeranteil stellt für den österreichischen Strafvollzug eine von vielen Herausforderungen dar. Insbesondere im Hinblick auf eine erfolgreiche Resozialisierung wird die möglichst rasche Überstellung in die Herkunftsstaaten forciert. Die ausländischen Insassen kommen in erster Linie aus Rumänien, den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens, Ungarn, Nigeria und der Türkei.“ auf der Homepage des BMJ veröffentlicht ist?*
- *20. Wenn ja, seit wann?*
- *21. Wer bearbeitet die Homepage des BMJ und wird dies mit Ihnen abgesprochen?*

Die Texte auf der Website Justiz werden von den jeweils zuständigen Fachabteilungen erstellt und der Stabsstelle für Kommunikation – welche für die Koordination und Gestaltung des Internetauftritts des Ressorts zuständig ist – zur Verfügung gestellt, ohne dass es dazu einer Einbeziehung der Bundesministerin für Justiz bedarf.

Der zitierte Text wurde laut Information der Stabsstelle Kommunikation am 8. April 2015 erstmals online gestellt. Seitdem wurden die Statistiken regelmäßig aktualisiert und der Text stilistisch angepasst.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

